



# Interviews

**Datum: 02.03.2024**

**Theo Geers im Gespräch mit Ulrich Lechte, FDP-Außenpolitiker**

***Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.***

**Geers:** Auch heute ist, wie gesagt, das Entsetzen groß, das Entsetzen über mehr als 100 Tote im Gazastreifen, die vorgestern in diesem – das darf man ja nie vergessen – von der Hamas ausgelösten Kriegschaos im Gazastreifen ums Leben kamen, als sie einen Hilfskonvoi erstürmten. Nun wollen die USA zusammen mit anderen Ländern Hilfsgüter aus der Luft über dem Gazastreifen abwerfen. Aus Washington Ralf Borchardt.

Es ist ein wichtiger symbolischer Schritt. US-Präsident Biden, der bisher vor allem Israel unterstützt, geht mit dieser Entscheidung auf die Palästinenser zu. Flüge mit dem Abwurf von Hilfsgütern führt bisher vor allem Jordanien, seit Kurzem auch Ägypten durch. Mit diesen Ländern wolle man sich in den kommenden Tagen koordinieren, sagte Biden im Weißen Haus. Biden will zudem darauf bestehen, dass Israel mehr Lastwagen mit Lebensmitteln und Medikamenten passieren lässt und dafür zusätzliche Grenzübergänge öffnet. „Wir müssen mehr tun und die Vereinigten Staaten werden mehr tun“, so Biden wörtlich. „We need to do more and United States will do more.“ Die Vereinten Nationen verweisen darauf, dass aus der Luft nur wesentlich kleinere Mengen an Hilfsgütern die Menschen im Gazastreifen erreichen können. Aus Sicht von Hilfsorganisationen bleiben Lkw-Transporte unverzichtbar. Dennoch versucht Biden mit der Beteiligung von US-Flugzeugen an Hilfslieferungen der Kritik im eigenen Land entgegenzuwirken, er unterstütze zu einseitig Israel und tue zu wenig für die Palästinenser. Biden passierte allerdings auch bei dieser Ankündigung ein Versprecher. Der 81-Jährige sprach von der Ukraine, meinte aber ganz offensichtlich den Gazastreifen.

**Geers:** Ralf Borchardt berichtete aus Washington. Und es klingt wie eine Notlösung, zu der jetzt gegriffen wird, um das humanitäre Leid im Gazastreifen zu lindern. Am Telefon ist jetzt Ulrich Lechte, der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, guten Morgen, Herr Lechte.

**Lechte:** Guten Morgen.

**Geers:** Herr Lechte, reden wir gleich darüber, was Joe Biden angekündigt hat. Sind diese Abwürfe von Hilfsgütern aus der Luft eine Notlösung, weil man mit Israel, was die Verbesserung der humanitären Lage betrifft, einfach nicht weiterkommt?

**Lechte:** Das würde ich so nicht sehen. Zunächst einmal sind Abwürfe aus der Luft nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das hat man ja auch in den Medien sehen können. Es erinnert ein wenig daran, an den Beginn der Berliner Luftbrücke, einstmals die Rosinenbomber, die auch damals 2,2 Millionen Menschen in Westberlin versorgten. Das kann man mit Gaza so nicht einrichten wegen dem nicht vorhandenen Flugfeld, wo man das entsprechend ableisten könnte. Dementsprechend geht es eigentlich nur darüber, wenn wir mehr Hilfsgüter über konventionelle Transporte, über Lkw reingeben. Die sind in den letzten Wochen sehr stark zurückgegangen gewesen, unter anderem auch ein Auswuchs dessen, dass die UNRWA nicht mehr ganz so operieren kann, wie sie es vorher konnte. World Food Forum hatte für den Norden des Gazastreifens bereits die Lieferungen eingestellt. Und wenn einfach zu wenig Nahrungsmittel ankommen, ist irgendwann eine Region komplett ausgepresst. Es geht um 2,2 Millionen Menschen im Gazastreifen, die versorgt werden müssen.

**Geers:** Wenn man diese Bilder sich vor Augen ruft, wie diese offenkundig verzweifelten Menschen diesen Lkw-Konvoi gestürmt haben, da drängt sich ja doch die Frage auf – und die ist zu stellen, auch bei allen Hinweisen darauf, dass der Krieg eben von anderen begonnen wurde, sprich von der Hamas – ob Israel auch seiner Verantwortung im Gazastreifen für die Hunderttausenden Binnenflüchtlinge gerecht wird. Wie sehen Sie das?

**Lechte:** Na ja, also diese Transporte waren ja nur möglich, weil Israel sie reingelassen hat. Also, es geht hier nicht darum, dass es irgendein inhumaner Kriegsgegner

der Hamas in diesem Fall ist. Sondern es geht darum, dass die Hamas, wie ich schon seit Wochen sage, ja auch einfach mal im Rahmen ihrer Möglichkeiten kapitulieren könnte, um ihre eigene Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu schützen. Doch ist es derzeit so, dass die Zivilbevölkerung als Schutzschild für die Hamas benutzt wird. Es ist eine Terrororganisation. Es ist ein militanter Teil, der sich in Rafah verschanzt hat. Und dass die Israelis die Hamas am Ende aus dem Gazastreifen zumindest militärisch ausrotten wollen, das ist bekannt. Das ist ein Kriegsziel. Und Israel lässt ja die Hilfsgüter rein. Das war ja von Anfang an immer auch Punkt der Verhandlungen. Über die Luftbrücke kann man jetzt erst mal etwas erreichen, und dass der Druck auf Israel wächst, diesen fürchterlichen Zustand für die Zivilbevölkerung zu beenden, das ist völlig klar.

**Geers:** Aber diese Ankündigung der USA, ist das nicht doch ein Indiz dafür, dass man eben mit dieser israelischen Regierung in dieser Lage einfach nicht weiterkommt, was das Lindern des Leids der Zivilbevölkerung im Gazastreifen betrifft?

**Lechte:** Das steht ja völlig außer Frage. Der rechtsextreme israelische Minister für nationale Sicherheit Itamar Ben-Gvir – dieser Sicherheitsminister – hat ja angekündigt, dass er fordert, überhaupt keine Hilfslieferungen mehr zuzulassen, weil das israelische Soldaten gefährden würde. Dass, wenn Menschen Hunger haben und Hilfsgüter reinkommen, dass Familienväter versuchen oder Mütter, an Nahrung für Ihre Kinder zu kommen, ist alles nachvollziehbar. Auch die Szenen, die man gesehen hat an dem Strand in Gaza. Das sind Dinge, die man menschlich sofort verstehen kann. Und es ist Druck auf Netanjahu auszuüben, außer Frage, so viele Hilfsgüter wie möglich dringend in den Gazastreifen einzulassen. Problem wird sein, das in geordneten Bahnen zu machen. Wie gesagt, die Organisationen vor Ort sind in ihrer Struktur mehr als beschädigt. Auch diese sind ja durch den Krieg entsprechend zerstört worden – Einrichtungen. Das ist alles eine sehr, sehr heikle Situation und die Menschen in Gaza sind verzweifelt, brauchen Nahrungsmittel. Das ist nur über Lkw zu leisten. Eine Luftbrücke, wie ich schon zu Beginn sagte, à la Berlin in 1948 ist nicht einrichtbar.

**Geers:** Bleiben wir noch mal bei der Position, bei dem Verhalten Israels, Herr Lechte. Diese Bilder von der Katastrophe, die bleiben womöglich eher hängen, auch im kollektiven Gedächtnis von Menschen als irgendwelche abstrakten Zahlen über

die Zahl der Opfer auf israelischer Seite. Stichwort 07. Oktober, über 1.200 ermordete Menschen durch die Hamas. Und eben aber auch fast 30.000 Tote jetzt nach Angaben aus den Behörden vom Gazastreifen im Gazastreifen selbst seit Ausbruch dieses Krieges. Kann es nicht auch sein, dass durch solche Ereignisse wie diese um den Konvoi die Stimmung kippt oder noch weiter kippt gegen Israel?

**Lechte:** Ja, man darf nicht vergessen, dass es auch nach wie vor 100 israelische Geiseln in der Hand der Hamas gibt. Diese freizulassen wäre auch eine Möglichkeit, sehr schnell zu einer Waffenstillstandslösung zu kommen. Was dringend geboten wäre, Waffenstillstand, um die Versorgung der Zivilbevölkerung in Gaza wieder hinzubekommen. Ich habe Ihnen gerade eben ja auch verdeutlicht, dass die israelische Regierung große Probleme hat mit den Ultrakonservativen. Jedem ist klar, dass nach den derzeitigen Umfragewerten nach einem Gaza-Krieg, sobald es zu Neuwahlen kommt, in Israel sich die politische Ordnung stark verändern wird und Netanjahu nach den derzeitigen Umfragen keine Chance hätte, seine Regierung zu halten. Das sind alles Dinge, die wir klar sehen müssen. Aber auch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Raketenbeschuss aus Gaza und auch vom Norden her, von der Hisbollah auf Israel ungemindert ja immer noch stattfindet. Also, es ist nicht so, dass die Hamas nicht jeden Tag auch Israel einen Grund liefert, weiter bekämpft zu werden.

**Geers:** Blicken wir noch mal auf das militärische Geschehen, Herr Lechte. Stichwort Feuerpause, möglicherweise als Vorstufe für einen Waffenstillstand im Gaza-Streifen. Ist das möglicherweise jetzt weiter entfernt als vorher?

**Lechte:** Es wird auf jeden Fall schwieriger. Die Verhandlungen laufen ja seit Wochen. Es gab ja jetzt die Verhandlungen in Paris. In Kairo gab es Verhandlungen. Das Militär von Ägypten und von Frankreich, von den USA sind ja da aktiv, um zu Waffenstillstandslösungen zu kommen. Die Bilder, glaube ich, haben jetzt jeden noch mal zum Nachdenken angeregt, weil die menschliche Katastrophe in Gaza sehr, sehr groß ist. Nichtsdestotrotz, die Hamas ist eigentlich am Drücker. Hisst die weiße Fahne, schützt eure Zivilbevölkerung und lasst die Hilfsgüter rein.

**Geers:** Sie haben es gerade schon kurz angesprochen, Herr Lechte, die Regierung Netanjahu gibt sich bisher, man kann es fast sagen, eher uneinsichtig. Der Krieg im Gazastreifen mit dem Kriegsziel, die Hamas zu zerstören, geht unbeirrt weiter. Sie

haben es aber gerade schon angesprochen möglicherweise, wenn es jetzt zu Wahlen käme oder irgendwann auch später mal kommt nach dem Krieg in Israel, dann könnten sich die politischen Verhältnisse in Israel ändern. Muss man darauf warten, bevor es eine Verbesserung auch im Gazastreifen geben kann? Oder können Deutschland, die EU oder auch die USA auch die jetzige Regierung noch auf eine andere Spur setzen?

**Lechte:** Na, wir haben ja sehr deutlich gestern gemacht auch der gesamte Westen, dass jetzt die vorbehaltliche Stopplung der Mittel an die UNRWA zum Beispiel aufgehoben wird, um sie entsprechend zu ertüchtigen, ihren Aufgaben nachzukommen. Gleichzeitig sind die ersten Flüge losgegangen. Ich meine, auch die Tropfen auf den heißen Stein sind wichtig. Jordanien ist vor Ort. USA hat jetzt gesagt, sie steigen mit ein. Deutschland kooperiert mit Jordanien in dem Fall auch zusammen. Außenministerin Baerbock hat angekündigt, auch dort miteinzusteigen und die Menschen aus der Luft mitzuversorgen. Der Druck auf die israelische Regierung, diese Hilfslieferungen im großen Stil zu ermöglichen über den Landweg, der hat deutlich zugenommen.

**Geers:** Herr Lechte, wir müssen noch über einen Aspekt sprechen, der seit gestern Abend auch in der Welt steht, nämlich die Klage des kleinen mittelamerikanischen Staates Nicaragua. Nicaragua verklagt Deutschland wegen seiner Unterstützung für Israel, und zwar vor dem Gericht der Vereinten Nationen, der in Den Haag tagt, vor dem Internationalen Gerichtshof also. Was sagen Sie in einer ersten Reaktion zu dieser Klage?

**Lechte:** Die erste Reaktion ist, dass man vermutlich auch die Zahlung Deutschlands an Nicaragua in Höhe von 22 Millionen Euro überdenken muss. Deutschland ist ein Partner Israels schon immer gewesen. Das ist weltweit bekannt. Wir haben da eine Sonderrolle aus unserer geschichtlichen Verantwortung heraus. Diese Klage Nicaraguas kommt mehr als überraschend, weil wir ja versuchen seit Wochen und Monaten, in der Region auch zu vermitteln. Die Außenministerin hat fünf Reisen in der Region unternommen. Der Kanzler war vor Ort. Es laufen täglich Gespräche über die möglichen Kampfeinstellungen, also den Waffenstillstand. Deutschland ist da an vorderster Front dabei. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Klage Nicaraguas in irgendeiner Weise Erfolg haben kann. Deutschland ist keine Kriegspartei. Deutschland unterstützt bekanntermaßen jetzt auch wieder UNRWA. Die Zahlungen waren eingestellt, zu Recht, aufgrund der ganzen Vorwürfe, die erhoben worden sind. Das

musste man jetzt alles überprüfen. Also, ich finde, dass die Nicaragua-Klage, ja, die kann nicht zum Erfolg führen. Das geht gar nicht.

**Geers:** Das heißt, Sie halten das Ganze für haltlos?

**Lechte:** Das ist eine Posse, die dort von Nicaragua vorgenommen wird. Das ist haltlos.

**Geers:** Wie erklären Sie sich solche Klagen? Ich meine, ist das jetzt eine, wie soll ich sagen, fehlgeleitete Regierung, die irgendwie auf dem inhaltlich falschen Trip ist? Oder wie erklären Sie sich so etwas?

**Lechte:** Also, Nicaraguas Regierung ist jetzt nicht die demokratischste, die es gibt. Und was in dem Land passiert, ist selten nahe dem Sozialismus. Entsprechend ist es jetzt nicht verwunderlich, dass Nicaragua sich da so deutlich positioniert auf in dem Fall der Seite der Hamas und diese Klage gegen Deutschland vorbringt. Wie gesagt, wir sind eigentlich ein wichtiger Partner auch für Nicaragua vor Ort mit einigen Projekten finanziell dabei. Das passt eigentlich gar nicht, dass man Deutschland anklagt. Aber Deutschland ist relativ schnell dabei, die Schuld bei sich selber zu suchen. Das ist ja so eine klassische deutsche Sache. Und in dem Fall haben wir keine Schuld, weil wir dezidiert immer unsere Meinung da kundgetan haben. Und Nicaragua wird da nicht erfolgreich sein können.

**Geers:** Sagt Ulrich Lechte, der außenpolitische Sprecher der FDP, vielen Dank, Herr Lechte, für das Gespräch.

**Lechte:** Ich danke Ihnen für das Gespräch.